

Sektor, also unter Einschluß des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherung. Welche haushaltspolitischen Anpassungserfordernisse sind erforderlich und welche institutionellen Koordinierungslösungen sind im Bundesstaat Österreich unter diesen Umständen anzustreben? Darüber hinaus werfen die sogenannten „Außerbudgetären Finanzierungen“ und die „Budgetausgliederungen“ neue (-alte-) Fragen auf: Fallen sie unter die Maastrichter Kriterien? Wichtiger noch: Können sie so organisiert werden, daß sie nachhaltig zur Erweiterung des haushaltspolitischen Spielraumes beitragen?

1.3. Adressatenkreis

Die Studie richtet sich im Vorfeld der Volksabstimmung zum EU-Beitritt Österreichs zunächst ganz allgemein an die Öffentlichkeit. Es sollen statistisch-technische Fragen beantwortet und ein Informationsbedarf hinsichtlich der Auswirkungen der geplanten WWU auf die österreichische Wirtschafts- und Finanzpolitik abgedeckt werden.

Auch die Evaluierung der Qualität der Budgetpolitik anhand internationaler Beurteilungsmaßstäbe macht die Weiterführung der Budgetkonsolidierungspolitik notwendig. Insofern soll diese Studie den für die Staatsfinanzen Verantwortlichen „den Rücken stärken“ gegenüber überhöhten Ansprüchen an die öffentlichen Haushalte.

Da im Zusammenhang der „Maastricht-Fiskalindikatoren“ die öffentliche Verschuldung eines Staates als Ganzes auf dem Prüfstand steht, soll das Bewußtsein der Finanzpolitiker auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen für eine letztlich gemeinsam zu verantwortende Verschuldungspolitik des öffentlichen Sektors geweckt werden.

Die engen Haushaltsspielräume machen nicht nur mehrjährige Budgetprogramme erforderlich, die geänderten Autonomiespielräume bei der Wechselkurs-, der Geld- und der Finanzpolitik bringen auch neue Herausforderungen für die Einkommens-, dh für die Lohn- und Preispolitik. Insofern sind auch die Sozialpartner selbst ein Adressat dieser Studie des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen.